



Unverständliche Vorschläge der Rentenkommission zur privaten Altersvorsorge

Die Rentenkommission der Bundesregierung hat heute ein Reformpaket zur Zukunft der gesetzlichen Rente vorgeschlagen. Sie spricht sich darin auch dafür aus, die private Altersvorsorge attraktiver zu machen. Die Forderung, die staatliche Förderung in diesem Bereich zu verbessern, wird von den deutschen Bausparkassen geteilt. Gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft und der Fondsindustrie haben diese dazu schon vor einiger Zeit konkrete Vorschläge unterbreitet. Nicht nachvollziehbar ist, dass die überragende Bedeutung des Wohneigentums für die Altersvorsorge im Bericht nicht angemessen gewürdigt wird.

Völlig unverständlich ist den Bausparkassen die Idee einer staatlichen Online-Plattform für Produkte ohne Vertriebskosten. Solche Produkte dürften die Bausparkassen schon aus aufsichtsrechtlichen Gründen überhaupt nicht anbieten. Deren Eigenheimrenten-Verträge stoßen bei Vorsorgesparern aber nach wie vor auf hohe Akzeptanz und bekommen auch von Verbraucherschützern gute Noten. Die Eigenheimrente muss in jedem Fall eine gleichwertige Alternative zu einer privaten Geldrente bleiben.

Die Politik ist gut beraten, den begonnenen Dialog mit den Riester-Anbietern fortzusetzen. Deutschland braucht kein staatlich organisiertes oder vertriebenes Vorsorgeprodukt. Vonnöten ist eine Reform von „Riester“ – nicht dessen Abschaffung. Die Chancen dafür sind gut.